

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königsstein.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Die „Taunus-Zeitung“ mit ihren Neben-Ausgaben erscheint an allen Wochentagen. — Bezugspreis: ein-
schließlich der Wochenbeilage „Taunus-Blätter“ (Dienstags) und des „Illustrierten Sonntags-Blattes“
(Freitags) in ... Geschäftsstelle oder ins Haus gebracht wöchentlich M. 1. 50 monatlich 12 Pfennig, beim
Bestellungsvertrag und am Zeitungswechsel des Postämter wöchentlich M. 1. 50 monatlich 12 Pfennig (Beleggeld nicht
mit eingerechnet). — Anzeigen: Die 50 mm breite Beilage 10 Pfennig für druckbare Anzeigen, 15 Pfennig
für ausserordentliche Anzeigen; die 85 mm breite Beilage 10 Pfennig für druckbare Anzeigen, 15 Pfennig
für ausserordentliche Anzeigen.

Nr. 285 · 1917

Verantwortliche Schriftleitung: Dr. und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königsstein im Taunus
Postfach 100: Krefeld (Rhein) 9927.

Donnerstag
6
Dezember

Die Taunus-Zeitung wird doppelt berechnet. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung.
Bei Wiederholungen ununterbrochener Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschlag. Jede Nach-
schlagszahlung wird hinreichend bei gerichtlicher Beilegung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen:
Tausend M. 5. — Anzeigen-Ausnahme: größere Anzeigen bis 9 Uhr vormittags, kleinere Anzeigen bis
halb 12 Uhr vormittags. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmten Stellen
wird zunächst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Geschäftsstelle:
Königsstein im Taunus, Hauptstraße 41
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Die Landtagsreform.

Graf Hertling als Bekannter. — Die Erklä-
rungen des Ministers Drews. — Scherbrand
gegen den neuen Geist.

Berlin, 5. Dez. Es wird ernst um die Neugestaltung in
Preußen, diese Neugestaltung, die aus dem großen Ge-
schehen des Weltkrieges heraus vom Reich auf Preußen
und sein die politische Eigenart des größten und führenden
Bundesstaates begründetes Wahlrecht übergriff, mit solch
ruhiger Kraft und Selbstverständlichkeit übergriff, daß die
Formfrage nach der Verdrängung solcher Beeinflussung gar
nicht mehr aufgeworfen werden kann. Es wird ernst, ernst
als die bisherigen politischen Rührer und daher Vertei-
diger der grundlegenden Einrichtungen in Preußen sich, wie
es scheint, bis zum heutigen Tage getadelt haben. Man
wird sich neben der Osterhoffung und der Volkshoffung vom
11. Juli, in der der Kaiser und König durch Bethmann Holl-
weg die Aenderung des Wahlrechts und damit die Neuorga-
nisation der politischen Verhältnisse Preußens verkündete, den
5. Dezember merken müssen, den Tag, an dem nebenbei be-
merkt vor 150 Jahren der große Friedrich die Schlacht bei
Jena schlug, als eines der wichtigsten Daten in der Ge-
schichte Preußens, seitdem es ein konstitutionelles Leben hat.

Was zu einer großen Sitzung äußerlich durch den An-
drang zum Hause, durch die volle Besetzung aller Regie-
rungsbänke und aller nur irgendwie verfügbaren Tribünen
und Logen gehört, das wies heute das Haus in der Prinz
Abtreibungsstraße auf, und ungewöhnlich begannen die Verhand-
lungen mit einer Ansprache des Präsidenten Schwerin-
Ludwig, der mit Rücksicht auf die äußere Gesamtlage, die Schick-
salsfragen in sich schließt, noch wichtiger als die des Wahl-
rechts, hat, in allen Kämpfen der Meinungen die Bedeu-
tung des inneren Friedens für das äußere Bestehen nicht
zu vergessen.

Und dann kam der Ministerpräsident Graf v. Hertling.
In lebenswichtigen Worten, von dem Wunsche befeuert, Ver-
trauen zu gewinnen, bekannte er, daß er das wiederholt und
feierlich gegebene Königswort von der Wahlreform in Preußen,
die nun das allgemeine gleiche Wahlrecht bringen soll,
einlösen wolle und daß er es aus voller Überzeugung tue.
Er versteht den Widerspruch altpreussischer Gemüter gegen
diese Neuordnung, versteht ihre schmerzlichen Gefühle und
schweren Bedenken, aber er hält die Schaffung eines freien
Wahlrechts für eine Gewissensfrage und wird am Schluß
seiner Ansprache zu einem Bekenner des neuen Geistes und
seiner realen Konsequenzen, ein Nachfolger Bethmann Holl-
wegs, wie ihn die Konservativen so herzlich gehaßt haben.

Der Beifall im Zentrum und auf der Linken war stür-
misch nach den Hauptsätzen dieser Rede. Die Rechte hatte
vielleicht soviel Entschiedenheit von dem neuen Herrn, der
kein Preuße ist, nicht erwartet. Noch weniger aber hatte sie
erwartet, daß Dr. Drews, ein preussischer Minister des In-
nern mit freudigem Optimismus für das gleiche Wahlrecht
in Preußen eintreten würde und unter dem Hinweis, daß
während wir draußen auf den Schlachtfeldern liegen, im
Innern nicht zwischen Krone und Volk durch Ablehnung
dieses gleichen Wahlrechts Zwiespalt geschaffen werden dürfe.

Der Führer der Konservativen, Herr v. Henckell
wachte sich in seiner Rede gegen die Neuorientierung, wie
sie der Krieg und Bethmann Hollweg geschaffen, und seine
Rede wurden zum Bekenntnis gegen den neuen Geist und
auch gegen die Friedenspolitik der Mehrheit des Reichstages
und der Reichsleitung. Bei der Ernennung des Grafen Hert-
ling wurde die verfassungsmäßige Grundlage außer Acht ge-
lassen, daß der Kaiser die Minister nach seinem eigenen Er-
messens ernannt. Die Minister sollen nicht einseitige Diener
der Mehrheit sein. Ihre Stellung wird herabgedrückt, wenn
sie sich nicht allein von dem Vertrauen der Krone berufen
fühlen. Das ist der direkte Weg zum parlamentarischen
System, das nicht das Glück Preußens bedeutet. Dr. Michaelis
mühte sich zurückzusetzen, weil er das Amt angenommen hatte,
ohne die Mehrheit zu befragen. Annähernd die Hälfte des
preussischen Staatsministeriums besteht aus Staatssekretären
des Reiches, die einer anderen Weisung als der Weisung
der Krone folgen. Der Ministerpräsident ist ein Banner, und
ein Württemberger gibt eine preussische Stimme im Bun-
desrat ab, auch wenn er Vertrauensmann der Fortschritt-
ler und Sozialdemokraten ist. Die preussischen Gesetze wer-
den im Reichstage gemacht. Eine solche Entwicklung machen

wir nicht mit. Der Friede darf nicht durch die Schwächung
der Grenzen und nicht auf Kosten der aufstrebenden deut-
schen und preussischen Zukunft, sondern auf Grund der mili-
tärischen Erfolge und der Opfer und entsprechend den deut-
schen Interessen geschlossen werden.

Ministerpräsident Graf Hertling erwiderte dem Vorred-
ner, daß ihn lediglich patriotische Motive zur Annahme
seines Amtes veranlaßt haben und betonte, Herr Vorred-
ner wird wissen, daß ich mich zu allererst an Mitglieder seiner
Partei wandte (Lebhaftes Lachen, Lachen). — ins Beneh-
men zu sehen. Nun hat der Herr Vorredner gesagt, ich
hätte mich gleichsam durch diese Verhandlungen auf ein Pro-
gramm festgelegt. Das kann ich in dieser Weise nicht an-
erkennen, sofern der Gedanke ausgesprochen sein soll, daß ich
mich auf ein Programm festgelegt hätte, das meiner eigenen
mitgebrachten politischen Anschauung nicht entsprochen hätte.
Das ist nicht der Fall. Ich habe keine Konzeption gemacht,
die meiner politischen Überzeugung und Gesinnung wider-
sprochen hätte. Ich habe die politische Situation angesehen
und mir Bedenken ergeben. Sodann habe ich geglaubt,
Seiner Majestät sagen zu können: „Nun wohl, ich will ver-
suchen, ob ich diese Vertrauensmission ausführen kann.“ Die
Vorschläge, die ich Seiner Majestät machte, waren lediglich
solche, die ich — sie waren mir nicht ausgenötigt — auf
Grund der gewonnenen Kenntnis der politischen Verhältnisse
als nun einmal für notwendig erachtet habe. Daß ich die Hand
dazu bieten werde, das Ansehen der Krone herabzusetzen, das
weise ich ganz entschieden zurück. Ich bin mein Leben lang
entschiedener Monarchist gewesen und werde als Monarchist
sterben. Ebenso weise ich entschieden den Vorwurf zurück,
als wenn ich die Hand dazu bieten würde, den föderativen
Charakter des Reiches irgendwie zu beeinträchtigen. Ich
habe im Reichstage ausdrücklich ausgesprochen: An dem
föderativen Charakter der Reichsverfassung, der allein der
geschichtlichen Entwicklung des deutschen Volkes entspricht,
darf nicht gerüttelt werden. (Beifall.) Was sodann die aus-
wärtige Politik betrifft, so möchte ich lediglich auf meine
Ausscheidung im Reichstage mich berufen und namentlich, in
dem jetzigen Moment — die Herren bitte ich, mir das nach-
zusehen — irgendwelche weiteren Äußerungen dazu nicht
machen. (Sehr gut!) Allerdings, ich werde keinem Frieden
zustimmen, der nicht eine ernstliche wirtschaftliche Sicherheit der
deutschen Grenzen bringt, der eine Gefährdung des preu-
ssischen Staates mit sich brächte. (Beifall.)

Hg. Bachmide (Fortf.) begrüßt es, daß die Re-
gierung sich energisch hinter ihre Vorlage gestellt hat und ge-
willt ist, alle verfassungsmäßigen Mittel zu ihrer Durch-
führung anzuwenden. Sie wird dadurch ihr Vertrauen im
Volke nur erhöhen.

Hg. Forst (Ztr.) glaubt aber, daß Graf Hertling preu-
ssische Verhältnisse nicht schlecht beurteilen kann als seiner-
zeit Fürst Hohenzollern. Unsere Stellung haben wir durch
das Wahlprogramm von 1913 festgelegt. Wir haben die
keine Stimmabgabe und die direkte Wahl verlangt und
die Frage offen gelassen, ob wir ein gleiches oder ein abge-
kürztes Wahlrecht wünschen sollen. Ein Teil meiner Freunde
stimmt diesem Wahlrecht zu, ein anderer behält sich seine
Stellungnahme vor bis zum Abschluß der Kommissionsbe-
ratungen und ihrem Ergebnis. Wir machen ein Gesetz nicht
für die Gegenwart. Wir beantragen, die Verweisung des
Gesetzes an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Der Präsident macht Mitteilung, daß auch die Rumänen
Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet haben und be-
rührt das als eine Vorbedeutung für die das Haus jetzt be-
schäftigenden Verhandlungen.

Morgen Fortsetzung.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Als erste Folge der offiziellen Waffenstillstandsverhand-
lungen zwischen den verbündeten und den russischen Mach-
habern ist die Geneigtheit der Rumänen zu verzeichnen, sich
dem russischen Schritt anzuschließen. Verhandlungen an
der rumänischen Front haben, wie der gestrige Tagesbericht
mitteilt, begonnen.

Die rumänische Armee ist mit einer bewundernswerten
Energie dem belgischen, serbischen und montenegrinischen
Beispiel gefolgt und hat trotz der elementaren Katastrophe,
die vor einem Jahr über den rumänischen Staat hereinge-
brochen ist, auf der Basis eines nur geringen Restes ihrer
Heimat einen hoffnungslosen Krieg im wahren Sinn des

Wortes „durchgehalten“. Die Waffenruhe an der russischen
Front, die im Begriff ist, sich zu einem formellen Stillstand
der Waffen zu verklären, hat die Standfestigkeit des Restes
der rumänischen Armee an der Serethlinie erschüttert und
ihre ganze strategische Position unterwühlt. Denn die Ru-
mänen waren ja seit dem Zusammenbruch auf weitestgehen-
de Waffenhilfe, vor allem auf die Versorgung mit Kriegs-
gerät, durch Rußland angewiesen. Die russische Kriegsarbeit
an der Front und hinter der Front ruht; damit ist auch die
rumänisch-russische Kriegsführung völlig lahmgelegt. Rumä-
nien würde mit der Möglichkeit eines Angriffs der Mittel-
mächte zu rechnen haben, bei dem nicht nur die Versorgungs-
quellen seiner Armee versagen müßten, sondern auch die
Nachschub von Reserven ausbliebe, denn die russisch-ru-
mänische Strategie war durchaus auf die strategischen Re-
sourcen angewiesen, die vom russischen Hauptquartier bald
in der Moldau, bald in Galizien oder auf dem Nordflügel
eingesetzt wurden. Rumänien allein wäre hilflos. Die Hilfe-
rufe, die in den letzten Tagen an die Westmächte ergangen
sind, blieben wirkungslos, sie müßten es bleiben, denn die
Westmächte haben keinen militärischen Einfluß auf die Lage
im Bereich des Schwarzen Meeres.

Die Meldung über die Einleitung von Verhandlungen
übertrifft also an sich nicht. Man darf wohl auch damit
rechnen, daß sie offiziellere Formen als bisher annehmen
werden. Die strategische Lage macht das durchaus wahr-
scheinlich. Da auch an dieser Front der Waffenstillstand
kein Selbstzweck sein kann, so treten mithin auch die politi-
schen Probleme des Balkans in den Vordergrund, zunächst
die Frage: was wird die politische Folge des rumänischen
Abfalls von den Mittelmächten und des Zusammenbruchs
dieser rumänischen Kriegspolitik sein?

Fliegerangriff auf Zweibrücken.

Ludwigshafen, 5. Dez. (W. B.) Am 5. Dezember nach-
mittags 2 Uhr 15 Min. erschienen von Osten kommend zwei
feindliche Flieger über Zweibrücken. Sie warfen acht Bom-
ben ab, durch die vier Personen zum Teil schwer verletzt
wurden. Außer Beschädigungen an einigen Wohnhäusern
und Schuppen entstand kein nennenswerter Sachschaden. Der
Abflug erfolgte in westlicher Richtung.

Die türk. Armee und der Waffenstillstand

Konstantinopel, 4. Dez. (W. B.) Ergänzung zu dem
amtlichen Heeresbericht vom 3. Dezember: Der Oberbefehls-
haber der russischen Heere machte einen auf den Abschluß
eines Waffenstillstandes abzielenden Vorschlag, und zwar
für alle Fronten der verbündeten Heere im Osten. Dieser
Vorschlag ist von den verbündeten Heeren angenommen
worden. Daraufhin traf eine russische Abordnung zu den
darauf hinielen Verhandlungen bei dem Oberkommando
der Ostarmeen ein. Eine vom Oberbefehlshaber der tür-
kischen Armee ernannte Abordnung unter der Führung des
persönlichen Adjutanten des Sultans, Divisionsgenerals erster
Klasse Zafki Pascha, schloß sich der Vertretung der verbün-
deten Heere an. Die Vorbesprechungen über den Waffen-
stillstand haben am 3. Dezember mittags begonnen.

Wiener Generalstabsbericht vom 5. Dez.

Wien, 5. Dez. (W. B.) Amtlich wird verlautbart:

Sülicher Kriegsschauplatz.

Die Verhandlungen mit dem Feldmarschall Prinzen
Leopold von Bayern werden fortgesetzt. Der Oberbefehls-
haber der zwischen Inzest und dem Schwarzen Meer stehen-
den russischen und rumänischen Truppen ist gestern nach-
mittag an den Generalobersten Erzherzog Josef und an den
Generalfeldmarschall von Madensen mit dem Vorschlag her-
getreten, Besprechungen über einen Waffenstillstand ein-
zuleiten. Unsere Heerführer antworteten zustimmend. Ab-
ordnungen begeben sich an den Verhandlungsort.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden nahmen die
Truppen des Feldmarschalls Conrad einige Höhenstellungen.
Der Chef des Generalstabes.

Republik Sibirien.

Kopenhagen, 5. Dez. (W. B.) „Berlingske Tidende“
veröffentlicht eine Meldung, nach der sich bestätigt, daß Sibi-

rien sich als unabhängige Republik erklärt hat und in Tomsk unter dem Präsidenten Potapin eine eigene Regierung gebildet hat, die ihren Sitz im früheren Gouvernementsgebäude aufgeschlagen hat. Die neue weiß-grüne sibirische Flagge weht von allen öffentlichen Gebäuden. Alle Teile Sibiriens hätten sich der neuen Republik angeschlossen. Auch der Kaukasus sei im Begriffe, sich von Russland loszusagen und eine eigene Regierung zu bilden. Zum Ministerpräsidenten sei der frühere Bürgermeister von Baku Buesch ausersehen.

Amerikanische Aspiration auf Niederländisch-Westindien?

Amsterdam, 5. Dez. (W. B.) Die Blätter verzeichnen das Gerücht, die Vereinigten Staaten hätten angeboten, Niederländisch-Westindien für 5 Milliarden Gulden zu kaufen. Die Vereinigten Staaten würden den Niederlanden dann den ungehörten Besitz von Niederländisch-Westindien gewährleisten.

Lokalnachrichten.

* **Rönigstein, 6. Dez.** Der Krafifahrer Herr Anton Kowald von hier, 3. Jt. auf dem westlichen Kriegsschauplatz, wurde mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet.

* **Einzahlung der Rüststücke.** Nach einer Verfügung des Reichspostamtes sind die bei den Verkehrsanstalten befindlichen oder noch eingehenden zehn- und fünfzigpfennigstücke aus Rüst nicht wieder auszugeben, sondern der nächsten Reichsbankstelle durch die zur Entgegennahme der Barüberträge bestimmten Poststellen zuzuführen.

* **Fallenstein, 6. Dez.** Das Offizierheim Taunus wird vom 15. Dezember bis einschließlich 31. Januar 1918 geschlossen.

* **Hornau, 5. Dez.** Die Mitglieder des Marienvereins veranstalteten am vergangenen Sonntag, unter der unermüdeten Leitung ihres Präses Hochw. Vater Ludgerus eine theatrale Abendunterhaltung. Zur Aufführung kamen: „Der heilige Johannes“, dramatische Dichtung in 4 Aufzügen, und „Maria Magdalena“, lyrisch-dramatisches Spiel in 4 Aufzügen. Die Spieler entledigten sich der ihnen gestellten Aufgaben in vollkommenster Weise, weshalb auch der vollbesetzte Saal der Zuschauer mit dem wohlverdienten Beifall nicht zurückhielt. Um vielseitig geäußerten Wünschen und Anfragen entgegenzukommen, hat der Marienverein sich bereit erklärt, das Theaterspiel am Sonntag, den 9. Dez. nachm. 6 1/2 Uhr beginnend im Gasthause „Zum Taunus“ nochmals zur Aufführung zu bringen. Mit Rücksicht auf auswärtige Besucher ist Vorfrage getroffen, daß der Abendzug erreicht werden kann.

* **Fischbach, 5. Dez.** Vielfachen Anfragen zufolge, wird an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß das am nächsten Sonntag, den 9. d. Mts. im „Grünen Baum“ angelegte Konzert des „Frankfurter Sängerkreis“ bei jeder Witterung stattfindet. Die Besucher des Konzertes werden gebeten, frühzeitig zu erscheinen, da daselbst pünktlich um 4 1/2 Uhr beginnt und der Zutritt während eines Gesangstückes wegen der damit verbundenen Ruhestörung verweigert werden muß. Es ist in jedem Falle eigenem Interesse, rechtzeitig im Saale zu sein, um das vollständige reichhaltige Programm ausnützen zu können, was umso eher möglich ist, da bereits um 3 1/2 Uhr Kassenöffnung stattfindet.

Von nah und fern.

* **Frankfurt, 5. Dez.** Der Mollereibesitzer Albert Bühler von hier erwarb vor kurzem die Mollerei Bösch in Rönigstein bei Ingolstadt. Einen erheblichen Teil der in der Mollerei gewonnenen Butter führte er auf heimlichen Wegen nach Frankfurt aus, ohne daß es der bayerischen Polizei gelungen war, ihn auf frischer Tat zu überraschen. Am Freitag wurde nun Bühler am Ingolstädter Bahnhof dabei ertappt, als er in mehreren Koffern 250 Pfund Butter an hiesige Abnehmer verschicken wollte. Bühler wurde sofort verhaftet. Die Butter verfiel der Beschlagnahme.

— In der vorvergangenen Nacht wurden aus einem Metzgerladen, in dem städtische Schinken aufbewahrt wurden, während einer kurzen Abwesenheit des Wächters für 30 000 Mark Schinken gestohlen.

* **Pimburg, 5. Dez.** Der wegen militärischer Vergehen in Hannover in Haft befindliche Mann Vollbracht von hier gestand bei seiner Vernehmung, daß er am 13. Juni d. Js. den Gastwirt Harmening in Hannover ermordet habe. An der Tat beteiligt sei eine Arbeiterfrau, mit der er in jener Zeit verkehrt habe. B. ist Tischlergeselle und bereits im Felde gewesen; er ist jetzt in einer Ersatz-Eskadron in Hannover verhaftet. Die Untersuchung ist eingeleitet.

* **Aus dem Rohnthal, 5. Dez.** Zwei gefährliche Einbrecher, die seit Wochen die Ortschaften der Umgegend von Wehlar geplündert hatten, wurden hier festgenommen. Es sind die Deserteure Alfred Behr und Karl Bergmann aus dem nahen Wehlar.

* **Vom Westerwald, 5. Dez.** (Falsche Note Kreuzschwestern beim Hamstern.) Nachträglich gelangt zur Kenntnis,

daß sich vor einiger Zeit in einem Orte zwei Damen einmieteten, von denen eine die Abzeichen einer Note Kreuz-Schwester trug. Sie gingen hier von Haus zu Haus und sammelten Erbsen, Bohnen, Sped, Butter, Käse usw. Sie gaben in den Häusern an, Schwestern von einem Lazarett zu sein, der in Vorn liege. Auf Geheiß der Ärzte des Zuges seien sie auf den Wald zum Sammeln gekommen, da die Verwundeten nichts mehr hätten. Da man aber Verdacht schöpfte, benachrichtigte man den Gendarm, der die beiden falschen Schwestern auch festnahm und dem Bürgermeisterrat zuführte, von wo sie nach Feststellung der Namen und Abnahme der Sachen entlassen wurden.

— **Vollzählung.** Wie der Mainzer Oberbürgermeister mitteilt, sind bei der letzten Volkszählung in Mainz etwa 6000 Personen nicht mitgezählt worden. Ähnliche Beobachtungen habe man in ganz Deutschland gemacht. — Wenn das so ist, dann sollte man bei der diesmaligen Zählung um so gewissenhafter sein, denn von der festgestellten Einwohnerzahl hängt die Menge der jeder Stadt oder Gemeinde zuzurechnenden Lebensmittel ab. Wer zu zählende Personen nicht aufführt, schädigt die Gesamtheit.

— **Wieder ein großer Einbruch in Rassel.** Nach den sensationellen Einbrüchen in Schloß Wilhelmshöhe bei Rassel haben sich neuerliche, Aufsehen erregende Einbruchsdiebstähle in Rassel ereignet. Eine auswärtige, anscheinend Berliner Einbrechergesellschaft plünderte das Schaufenster eines großen Goldwaren- und Juwelengeschäftes aus. Eine größere Anzahl Golduhren, Juwelen und Schmuckstücke wurde erbeutet. Die Diebesbande konnte unerkannt entkommen.

* **Aus der Pfalz, 4. Dez.** In den letzten drei Monaten wurden in der Pfalz 1200 Pakete mit Lebensmitteln beschlagnahmt. Es verfielen der Beschlagnahme 144 000 Eier, 450 Zentner Fleisch, 330 Zentner Mehl, 620 Zentner Käse, 180 Zentner Butter und Fett und 100 Zentner Honig.

* **Aus der Pfalz, 4. Dez.** In Billheim fand man die Leiche des Landwirts H. Boland im Mühlgraben tot auf. Ein Ertrinken in dem leichten Wasser war unmöglich, die Leiche wies Verletzungen im Gesicht und an der Brust auf, so daß ein Verbrechen vorzuliegen scheint. Gestern ist der Vater des Mädchens verhaftet worden.

* **Saarbrücken, 4. Dez.** (W. B.) In der vergangenen Nacht entstand in einem Hause der Deutschherrenstraße ein Brandfeuer, das mit großer Gewalt um sich griff. Während es den übrigen Hausbewohnern gelang, sich zu retten, kamen der im zweiten Stockwerk wohnende Rechnungsrat 1. D. Fischer und dessen Schwägerin in den Flammen um. Die Leichen konnten nur in verkohltem Zustande geborgen werden. Der Sachschaden ist ziemlich beträchtlich.

— **Verhaftung einer Diebesbande.** 37 Güterdiebe und 11 Hehler wurden in Hannover verhaftet. Die Diebe haben auf den Güterbahnhöfen Hannover-Hainholz und Weidenbaum alle Kisten und Pakete, die Lebensmittel und Stoffe enthielten, geöffnet. Unter den Verhafteten befinden sich Rangierer, Güterbodenarbeiter, Zugabfertiger, Weichensteller und Nachtwächter. Auch Pakete an die Truppen im Felde wurden in großen Mengen gestohlen. Bei den Hausdurchsuchungen gefundenen Waren haben einen Wert von vielen tausend Mark.

* **Düsseldorf, 5. Dez.** Hier wurden drei Raubmörder, namens Stefan, Paul Koops und Robert Bussel, die sich unter falschem Namen in einem Hotel einlogiert hatten, verhaftet. Sie hatten in Dresden einen Kaufmann ermordet und beraubt. Man fand noch 6000 Mark bei ihnen.

* **Berlin, 5. Dez.** (W. B.) Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Nieder-Barnim, Arthur Stadthagen, ist einem schweren Lungenerleiden erlegen.

* **Hopfen als Tabakerfatz.** Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 29. v. M. Hopfen als Tabakerfatzstoff bei der Herstellung von Tabakwaren nach näherer Bestimmung des Reichskanzlers und nach Maßgabe der Tabakerfatzstoffordnung bis auf weiteres zugelassen. Auf Grund dieser Ermächtigung hat der Reichskanzler zur Sicherstellung des Hopfenbedarfs der Bevollmächtigten der Verwendung von Hopfen zunächst nur zur Herstellung nicht zigarettensteuerpflichtigen Rauchtabaks und Zigaretten gestattet. Die hierbei zu verwendende Menge ist vorläufig auf 10 v. H. der den einzelnen Rauchtabakherstellern zur Verarbeitung überlassenen Tabakmengen und bei Zigarettenherstellern auf 10 v. H. der ihrem Zigarettenkontingent entsprechenden Tabakmengen, wobei für je 1000 Stück Zigaretten 1000 Gramm Tabak in Ansatz zu bringen sind, beschränkt worden. Weiter ist aus gesundheitlichen Gründen bestimmt worden, daß das Mischungsverhältnis des Tabaks zum Hopfen bei den einzelnen Tabakerzeugnissen 20 v. H. Hopfen nicht übersteigen darf. Zur Herstellung von Waren, die Tabak nicht enthalten (tabakähnliche Waren), ist die Verwendung von Hopfen nicht gestattet worden. Ob unter Misverwendung von Hopfen hergestellte Tabakerzeugnisse als Heereslieferung zugelassen werden, steht zur Zeit noch nicht fest. Rauchtabak- und Zigarettenhersteller, die künftig Hopfen verwenden wollen, müssen gemäß den Bestimmungen der Tabakerfatzstoffordnung vorher die Genehmigung des zuständigen Hauptamts dazu einholen.

Der deutsche Tagesbericht
war bis zur Fertigstellung dieser Zeitung noch nicht eingetroffen.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 5. Dez. (W. B. Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer Unterseeboote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wiederum 12 000 Bruttoregistertonnen versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich ein beladener bewaffneter englischer Dampfer, ferner ein Segler, der mit einem Unterseeboot zusammenarbeitete.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Kleine Chronik.

* **Reichs-Kriegerdank.** Generalfeldmarschall von Hindenburg hat in Gemeinschaft mit dem Reichskanzler die Ehrenschutzherrschaft über dem vom Riffhäuser-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände errichteten Reichs-Kriegerdank übernommen. Beide Herren haben aus den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln je 100 000 Mark für die Zwecke des Kriegerdanks gestiftet. Der Reichs-Kriegerdank bezweckt den Schutz aller bedürftigen Kriegsteilnehmer ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit; ihm fällt auch die Fürsorge für die Krieger zu, die erst nach dem Kriege durch Krankheit oder Alter oder durch andere Ursachen der Hilfe bedürfen.

* **Der Viehhandelsverband für den Regierungsbezirk Wiesbaden** hat in einer Bekanntmachung vom 2. November 1917 verordnet, daß vom 15. Dezember ds. Js. ab auch der Handel mit Ferkeln im Lebendgewicht unter 25 Kilogramm nur von Händlern, die sich im Besitze einer Ausweisurkunde befinden, betrieben werden darf. Zugelassen werden Personen, die bereits vor dem 1. Juli 1914 nachweislich mit Ferkeln gehandelt haben. Anträge um Zulassung sind alsbald an den Viehhandelsverband für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Frankfurt a. M., Untermainanlage 9, zu stellen.

* **Enfrisch (Mosel), 5. Dez.** Große Erregung hat sich der Einwohnerschaft bemächtigt. Am Abend des 18. November brannte es in einem alleinstehenden Hause in der unteren Tempelstraße. In der Nacht auf den 20. wurde in einem verschlossenen Hofhause eine Brandstiftung rechtzeitig entdeckt. Am Abend des 21. fanden sich in einem Hofe in der oberen Tempelstraße eine Anzahl Ginstertwelen in Brand. Am 22. abends war in einem Stalle Feuer gelegt. Samstag abend fand sich in einem Stallgebäude wieder eine Brandstiftung. Am Sonntag morgen kurz nach 6 Uhr ertönten die Feuerlöcher; es war in einem leerstehenden Hause Feuer gelegt. Dieses Feuer schien die ganze Nacht hindurch geschwelt zu haben. Die Leute stehen vor einem Rätsel.

Israel Gottesdienst in der Synagoge in Rönigstein.

Freitag abends 4 15 Uhr,
Samstag morgens 9 00 Uhr, nachmittags 3 30 Uhr, abends 5 15 Uhr.

Bekanntmachung für Falkenstein. Betr. Polizeistunde.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß der Herr Reichsanwaltschaftspräsident die **Polizeistunde allgemein auf 10 Uhr abends festgesetzt hat.**

Anträge auf **Verlängerung der Polizeistunde an Samstagen bis 11 Uhr** wollen die Inhaber von Wirtschaftskonzessionen auf dem hiesigen Polizeibüro stellen, sobald ein Bedürfnis vorliegt.

Falkenstein, den 26. November 1917.

Die Polizeiverwaltung: **Hasselbach.**

Bekanntmachung für Eppstein.

Anordnung betr. Hauschlachtungen.

Schweinehalter, welche zum Zwecke ihrer Selbstversorgung Hauschlachten wollen, haben dies bis zum 15. d. M. der Gemeindebehörde anzuzeigen, unter Angabe der Gesamtzahl der von ihnen gehaltenen Schweine, der Zahl für die Hauschlachtung in Anspruch genommenen Schweine und der Zahl der Hauschlachtungsangehörigen, sowie einer Angabe der letzten Hauschlachtung und des Termins, bis zu welchem der Haushalt aus dieser Hauschlachtung mit Fleisch versorgt ist.

Anmeldungen, die nach dem 15. Dezember eingehen, werden auf keinen Fall berücksichtigt.

Bad Homburg v. d. H., den 29. November 1917.

Der Königliche Landrat. J. B. v. Brüning.
Wird veröffentlicht.

Die Polizeiverwaltung: **Müncher.**

Bitte, gedenket der hungernden Vögel!!

Stadtverordnetenwahl.

Auf Grund des § 23 der Städteordnung wird für den durch Tod aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschiedenen Herrn Sanitätsrat Dr. Oskar Rohnkamm eine Ersatzwahl angeordnet.

Termin hierzu wird auf

Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags von 3 1/2—4 Uhr, festgelegt. Als Wahllokal ist das Rathaus, Zimmer 4, bestimmt. Gemäß § 25 der Städteordnung werden die stimmberechtigten Wähler zu dieser Wahl berufen.

Rönigstein im Taunus, den 6. Dezember 1917.

Der Magistrat: **Jacobs.**

Gut erhaltene
Waschkommode
zu kaufen gesucht.

Angebote unter **A. R. 100** an die Geschäftsstelle d. Sta.

Ein 14 Monate altes

Zuchtrind

zu verkaufen

Fischbach, Ruppertsdamerstraße 6.

Gelbe-Rüben.

Freitag, den 7. ds. Mts., werden von 2—4 Uhr nachmittags, im Rathaushof Gelbe-Rüben verkauft. Die Ausgabe ist unbefristet.

Rönigstein, den 6. Dezember 1917.

Der Magistrat: **Jacobs.**

Bekanntmachung.

An die Anmeldung des Ausdrucksergebnisses wird hiermit erinnert. Nichtbefolgung muß bestraft werden.

Rönigstein im Taunus, den 6. Dezember 1917.

Der Magistrat: **Jacobs.**